

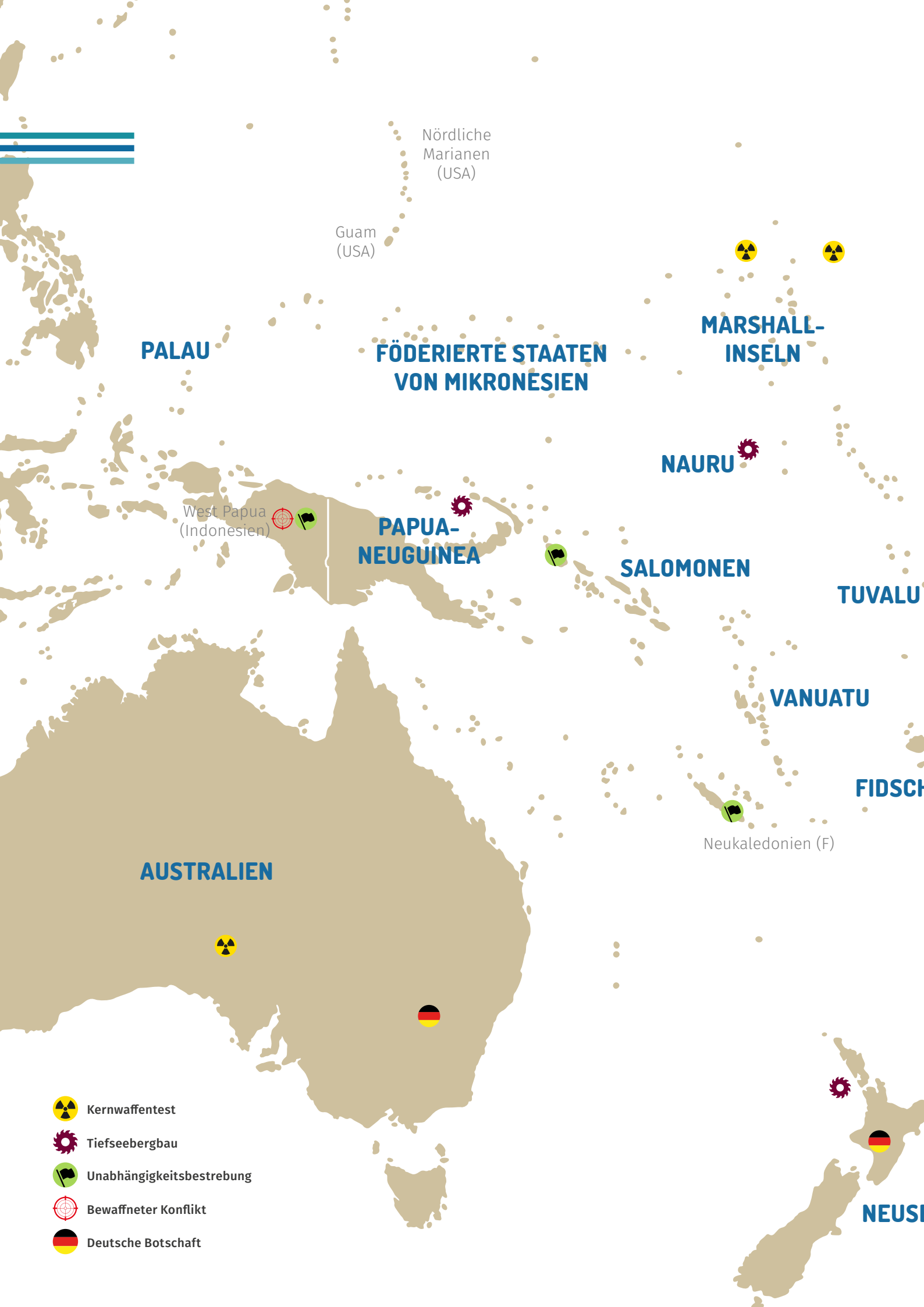


Ozeanien

Brennglas globaler Herausforderungen

Ressourcen • Klima • Menschenrechte





Nördliche Marianen (USA)

Guam (USA)

PALAU

FÖDERIERTE STAATEN VON MIKRONESIEN

MARSHALL-INSELN

NAURU

West Papua (Indonesien)

PAPUA-NEUGUINEA

SALOMONEN

TUVALU






VANUATU

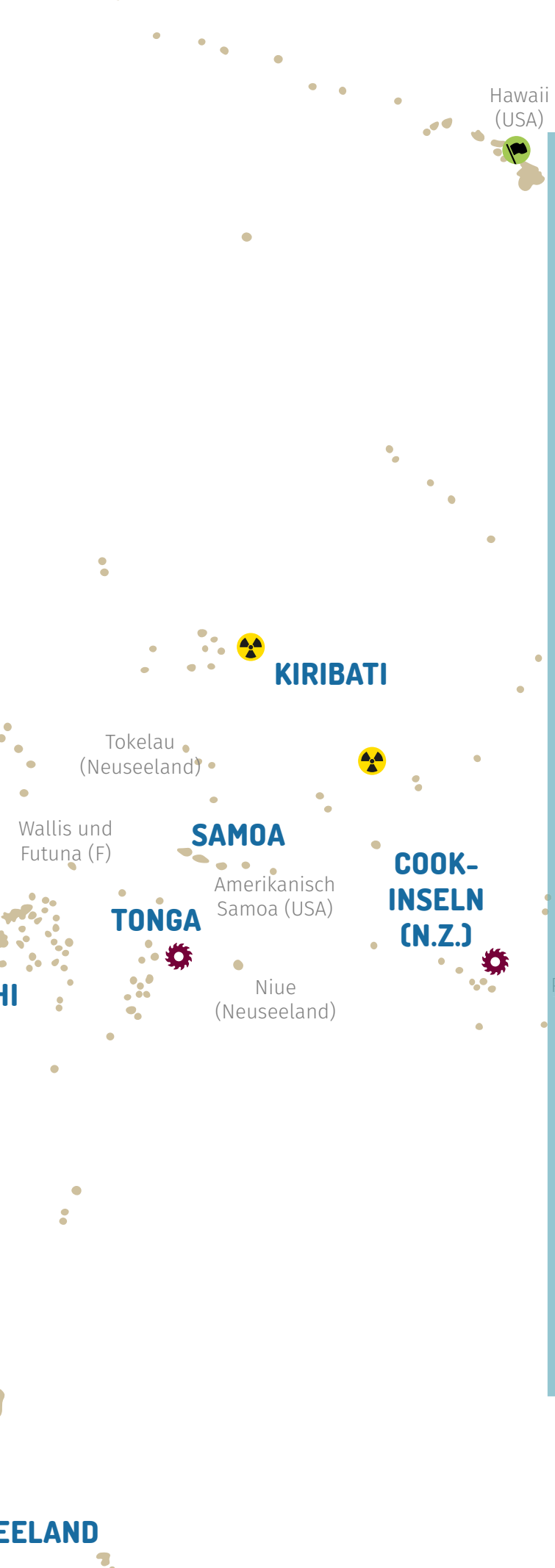
FIDSCHI

Neukaledonien (F)

AUSTRALIEN

NEUSEELAND

-  Kernwaffentest
-  Tiefseebergbau
-  Unabhängigkeitsbestrebung
-  Bewaffneter Konflikt
-  Deutsche Botschaft



Der Pazifische Ozean ist größer als die gesamte Landfläche der Erde und verbindet Menschen und Kulturen auf einzigartige Art und Weise.

Die pazifische Inselregion – Ozeanien – umfasst ausgedehnte Land- und Meeresökosysteme und beheimatet einen Großteil der weltweiten biologischen Vielfalt.

Um den ökologischen, kulturellen und spirituellen Reichtum dieser Weltregion auch für kommende Generationen zu bewahren, braucht es ambitionierten Klima-, Meeres- und Menschenrechtsschutz, eine gerechte Ressourcenpolitik und politische Selbstbestimmung.



Pitcairninnseln (GB)

EELAND

Die Inselwelt Ozeaniens bildet globale Herausforderungen wie unter einem Brennglas ab. Menschen und Natur des „blauen Kontinents“ erfahren die negativen Auswirkungen der Klimakrise und der rücksichtslosen Ressourcenausbeutung an Land und im Meer. Gemeinsame politische Antworten brauchen überregionale Vernetzung sowie die maßgebliche Einbeziehung pazifischer Kräfte der Veränderung.

Der Ozeanien-Dialog baut Brücken zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Europa und dem Südpazifik, informiert über entwicklungs-politische Herausforderungen in der Region und fordert politische Entscheidungsträger:innen dazu auf, Klimagerechtigkeit, faire und nachhaltige Ressourcennutzung sowie Meeres- und Menschenrechtsschutz in den Mittelpunkt ihres Handels zu rücken.

Die deutsche Bundesregierung und der Bundestag stellen politische Weichen, die sowohl weitreichende Auswirkungen auf die Politikentscheidungen der Europäischen Union als auch auf die Lebensumstände in anderen Weltregionen haben. Dies gilt insbesondere für die pazifische Inselregion, die trotz enger historischer Verbindungen und einer wachsenden weltpolitischen Bedeutung in der bundesdeutschen Politik gleichzeitig wenig Aufmerksamkeit erfährt. Dies zeigt sich schon daran, dass Deutschland, neben Vertretungen in Neuseeland und Australien, keine weitere Botschaft in Ozeanien unterhält und die „Leitlinien zum Indo-Pazifik. Deutschland – Europa – Asien. Das 21. Jahrhundert gemeinsam gestalten“ der Bundesregierung die pazifischen Staaten und gemeinsame Herausforderungen nur am Rande erwähnt. Die pazifischen Inselstaaten sind bei der Bewältigung globaler Aufgaben jedoch wichtige Partner für Deutschland und aufgrund ihrer Vulnerabilität von Politikentscheidungen in Deutschland und Europa in besonderer Weise betroffen.

Klimakrise, Umweltzerstörung, Landraub, Menschenrechtsverletzungen, Dekolonisierung – das ist nur eine Auswahl der enormen Herausforderungen in Ozeanien. Im Gegensatz zu ihrem friedlichen Image erlebt die pazifische Inselregion zunehmend soziale, ethnische und politische Spannungen und Konflikte, die von der Klimakrise sowie global organisierter, rücksichtsloser

Ausbeutung natürlicher Ressourcen und daraus resultierende Streitigkeiten befördert, wenn nicht erst verursacht werden. Insbesondere die ökologischen Herausforderungen, denen sich die Region gegenüber sieht, sind vielfältig. Landwirtschaftliche und industrielle Umweltverschmutzung, Versauerung der Ozeane, Überfischung, Bergbau an Land und im Meer, Abholzung, Radioaktivität und die Deponierung gefährlicher Abfälle fordern ihren Tribut von den Ökosystemen und Gesellschaften. Die Inselstaaten stehen an vorderster Front der Klimakrise, die bereits zum Verlust von Menschenleben und Lebensgrundlagen geführt und Bewohner:innen gezwungen hat, aus ihren Dörfern und von ihrem angestammten Land umzusiedeln. Die Verwundbarkeit der Region durch Umwelt- und Klimazerstörung wird durch technische und finanzielle Ressourcenknappheit noch verstärkt.

In Ozeanien vernetzen sich lokale Initiativen, Kirchen, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, um den Bedrohungen und Ungerechtigkeiten entgegenzutreten und um Forderungen nach politischer, wirtschaftlicher und ökologischer Gerechtigkeit mehr Gewicht zu verleihen – dabei setzen sie auf politische Unterstützung aus Deutschland.

Ressourcenraub gefährdet Menschen und Natur

Die überwiegende Mehrheit der pazifischen Bevölkerung (rund 80%) ist für ihren Lebensunterhalt auf natürliche Ressourcen aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei angewiesen. Die Notwendigkeit, diese zu erhalten und nachhaltig zu nutzen, spiegelt sich dabei kaum in internationalen politischen Weichenstellungen. So kommt es in Ozeanien täglich zu Ungerechtigkeiten bei Abbau, Handel und Nutzung natürlicher Ressourcen: durch Bergbau verseuchte Flüsse und gewaltsame Konflikte in Papua-Neuguinea, Abholzung des Tropenwalds auf den Salomoneninseln, Überfischung in den Gewässern Fidschis oder Tiefseebergbau und Proteste dagegen in der gesamten Inselregion.

Zivilgesellschaft, die diese Ungerechtigkeiten aufdeckt, die Interessen betroffener Gemeinschaften vertritt und Teilhabe fördert, sieht sich in Ozeanien mit zunehmend eingeschränkten Handlungsspielräumen konfrontiert. Menschenrechtsverteidiger:innen, die sich mit den sozialen

und ökologischen Auswirkungen der Ressourcen- ausbeutung auseinandersetzen, werden eingeschüchtert, kriminalisiert oder gar tödlich angegriffen.

Die Konsum- und Produktionsmuster in Deutschland und Europa übersteigen die planetaren Grenzen und laufen konträr zu globaler Ressourcengerechtigkeit – die Auswirkungen dieses ungebremsten Ressourcen- und Rohstoffverbrauchs bilden unmittelbare Gefahren für die Ernährungssicherheit, Kleinfischerei in Küstennähe, Menschenrechte und nachhaltige Regionalentwicklung im Südpazifik. Deutschland und die Europäische Union verbrauchen im globalen Vergleich nicht nur enorme Mengen an metallischen Rohstoffen, sondern externalisieren die Kosten für die durch den Abbau entstehenden sozialen und ökologischen Schäden in die rohstoffreichsten Regionen und Länder der Welt. Der Abbau von Rohstoffen am Meeresboden – Tiefseebergbau – folgt dieser Externalisierung von Kosten und Risiken. In den letzten zehn Jahren hat ein regelrechtes Wettrennen um die Mineralvorkommen am Meeresgrund eingesetzt. Dem Pazifik und insbesondere den südpazifischen Inselstaaten, die über riesige ausschließliche Wirtschaftszonen verfügen, kommt bei diesem Wettrennen eine Schlüsselrolle zu. Das weltweit erste kommerzielle Tiefseebergbau-Vorhaben in Papua-Neuguinea konnte zwar gestoppt werden, in Anbetracht aktueller Abbaupläne in Tonga und den Cook Inseln, droht dennoch der Startschuss für den Abbau von Tiefseemineralien in Ozeanien zu fallen und so die Inselbewohner:innen zu Versuchskaninchen einer neuen extraktiven Industrie mit absehbar negativem Ausgang zu werden.

Die von der EU geförderte, beschleunigte Ausarbeitung von nationalen Tiefseebergbauregulativen in der Region ignoriert die Auswirkungen, die diese experimentelle Industrie auf die Region und die Ökosysteme haben wird sowie die Stimmen der indigenen Völker und ihre spirituelle Verbindung zum Meer. Tiefseebergbau beschädigt potenziell nachhaltige Wirtschaftszweige der pazifischen Inselstaaten: Kleinfischerei, exportorientierte Fischwirtschaft und Tourismus und trägt so nicht zu einer nachhaltigen Entwicklung bei, sondern führt zu wirtschaftlicher Ausbeutung, Menschenrechtsverletzungen sowie Zerstörung von Lebensgrundlagen und Biodiversität.

Natürliche Ressourcen schützen - Existenzrechte sichern!

Wir unterstützen die Forderung pazifischer Nichtregierungsorganisationen und Kirchen nach einem Verbot von Tiefseebergbau im Pazifik.

Um das gefährdete Ökosystem Ozean, die Menschen im Südpazifik und deren natürliche Lebensgrundlagen zu schützen, ist es höchste Zeit, die Tiefsee zu verteidigen und dieses bislang kaum erschlossene Gebiet gegen eine zerstörerische Industrie abzusperren. Die Tiefsee ist der größte Lebensraum der Erde, zugleich aber auch der am wenigsten bekannte. Wir sollten ihn erhalten und erforschen, anstatt ihn der Ausbeutung preiszugeben.

Bevölkerungen der pazifischen Inselstaaten müssen an Entscheidungen über die Nutzung ihrer Ressourcen angemessen beteiligt werden und das Recht haben Nein! zu sagen. Gleiches gilt für Indigene, deren Land- und Nutzungsrechte respektiert sowie deren freie, vorherige und informierte Zustimmung (free, prior and informed consent, FPIC) eingeholt werden muss.



Klimakrise als gelebte, pazifische Realität

Die Klimakrise ist eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit, und die Bevölkerung der pazifischen Inseln steht an vorderster Front. Jedes fundamentale (Menschen-)Recht ist und wird vom Wandel des Klimas betroffen sein – deshalb stellen Regierungen, lokale Gemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen und Kirchen Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt ihrer Forderungen.

Verwüstungen, die von immer heftigeren Wirbelstürmen und Taifunen von Vanuatu bis zu den Marianen angerichtet werden; Sturmfluten, die Siedlungen auf den Marshall-Inseln wegspülen sowie die Anfänge eines Klimaexodus, von der Umsiedlung der Carteret-Insulaner von Papua-Neuguinea bis hin zu ganzen Dorfgemeinschaften auf den Fidschi-Inseln – keine pessimistischen Zukunftsprognosen, sondern bereits gelebte Realität in Ozeanien.

Die pazifischen Inselstaaten gehören zu den Gebieten, die am stärksten von der globalen Klimakrise, insbesondere dem Meeresspiegelanstieg betroffen sind. Dabei sind sie selbst nur in sehr geringem Maße Verursacher der Krise. Für viele besonders niedrig gelegene Staaten wie Tuvalu, Kiribati und die Marshall-Inseln ist eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 2°C nicht ausreichend, um das Überleben auf ihren Inseln sicherzustellen. Nur eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf max. 1,5°C, wie im UN-Klimaabkommen von Paris angestrebt, bietet den Bewohner:innen des Pazifiks eine halbwegs tragfähige Zukunftsperspektive. Dieser Wert gilt vielen Staaten im Pazifik als die Schwelle, ab der die Lebensgrundlagen der Bewohner:innen der Inseln so stark beeinträchtigt werden, dass ein Leben auf diesen Inseln schon bald nicht länger möglich ist.

Höchste Zeit für Klimagerechtigkeit!

Wir unterstützen die Forderung pazifischer Nichtregierungsorganisationen und Kirchen nach gerechten und entschlossenen Klimaschutzmaßnahmen zur Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs. Darüber hinaus unterstützen wir die Forderung nach fairer Lastenverteilung für Klimaschutz, Anpassung und klimabedingte Schäden und Verluste.

Alle Instrumente und Programme, durch die pazifische Inselstaaten und ihre Bewohner:innen spezifische Unterstützung für die Bewältigung der Klimakrise erhalten – hierzu gehört Widerstands- und Anpassungsfähigkeit, (nicht-ökonomische) Schäden und Verluste sowie klimabedingte Migration – müssen dabei die enge Verknüpfung von Land und Meer in der pazifischen Lebensweise berücksichtigen und auf eine umfassende Sicherung der lokalen Existenzgrundlagen abzielen.



Inseln in einem Meer aus Nutzung und Plünderung

Zur Erreichung von globaler Ressourcen- und Klimagerechtigkeit kommt dem konsequenten Schutz mariner Ökosysteme und ihrer Funktionen eine Schlüsselrolle zu – dies gilt insbesondere für die pazifische Inselwelt. Denn gesunde Meere sind essentielle Grundlage pazifischer Lebensweisen und untrennbar mit Klima, Biodiversität, Wirtschaft, Gesellschaft und Spiritualität verbunden. Das Leben der Menschen war nie ausschließlich vom Land, sondern ebenso und vielleicht zum größten Teil vom Ozean bestimmt, der zusammen mit all seinen Ressourcen seit langem als eine einzige, heilige Einheit betrachtet wird. Meer und Land gemeinsam betrachten die Bewohner:innen des Südpazifiks als ihren flüssigen Kontinent.

Klimakrise und Ressourcenraub hinterlassen im Meer ihre Spuren. Die Gesundheit der Meere ist in Folge von menschlicher Ausbeutung natürlicher Ressourcen, Zerstörung biologischer Vielfalt und vielfältiger Verschmutzung zunehmend bedroht. Gleichzeitig verstärken die Folgen der Klimakrise diese Bedrohung. Die Wassertemperaturen und der Meeresspiegel steigen, zugleich nehmen der Sauerstoffmangel und die Versauerung des Meerwassers zu. Dies hat Auswirkungen auf die Strömungen und Wettersysteme und verändert die marinen Ökosysteme tiefgreifend. Insbesondere der Zustand sensibler Ökosysteme wie der von Mangrovenwäldern, Seegraswiesen und Korallenriffen verschlechtert sich dabei zunehmend. Verstärkt wird dies zudem durch andere negative Einflussfaktoren wie Überfischung, Überdüngung oder die Einwanderung neuer mariner Arten.

Am deutlichsten zeigen sich die Folgen der Ressourcenausbeutung und der Klimakrise in den Ozeanen für die pazifischen Inselstaaten: Gesundheit, Küstenschutz, Ernährung und Wasserversorgung sind betroffen. Die ärmsten Küstengemeinden sind am stärksten von einer intakten Meereswelt abhängig und haben nur wenige Kapazitäten, um auf die Klima- und Meereskrise zu reagieren.

Weichen stellen für Mensch und Meer!

Wir unterstützen die Forderung pazifischer Nichtregierungsorganisationen und Kirchen nach einer partizipatorischen, transparenten und nachhaltigen Raum- und Ressourcennutzung im Meer und für die Küsten unter Beteiligung regionaler Gremien und der Zivilgesellschaft – insbesondere der pazifischen Küstengemeinschaften.

Der Schutz traditioneller Zugangsrechte zu Fischgründen, der Schutz von Land- und Beteiligungsrechten sowie die Ernährungssicherheit müssen Vorrang vor jeglichen Vorhaben im Rahmen der Blue Economy haben.



Nukleare Altlasten und fremdbestimmte Entwicklung

Trotz ihres Status als herausragende Norm des internationalen Völkerrechts ist das politische Recht auf Selbstbestimmung im Pazifik noch nicht vollständig und endgültig verwirklicht. Mehr als ein Drittel der 17 von den Vereinten Nationen anerkannten nicht selbstverwalteten Gebiete liegen in Ozeanien. Die anhaltende Verweigerung des Rechts, die politische Zukunft und die wirtschaftliche Entwicklung selbst zu bestimmen, verhindert fortwährend eine nachhaltige Entwicklung und das Wohlergehen vieler pazifischer Gemeinschaften.

In Westpapua, im Osten Indonesiens sind indigene Melanesier Opfer von Diskriminierung und Gewalt. Politische Gefangene, Folter, Tötung durch Sicherheitskräfte und hunderte von Verhaftungen bei zahlreichen Demonstrationen sind Indikatoren für das Maß an politischer und rassistischer Unterdrückung.

Kolonisierung und Militarisierung der Region setzen sich bis heute fort. Aktuell werden militärische Einrichtungen und Aktivitäten in der gesamten Region gar ausgebaut, z.B. durch die Vergrößerung von US-Militärpräsenz in Guam und auf den Marshallinseln oder einem möglichen chinesischen Engagement auf den Salomoneninseln. Gleichzeitig ist seitens der verantwortlichen Staaten (Frankreich, USA) so gut wie nichts unternommen worden, um die Altlasten der Atomtests und anderer zerstörerischer, militärischer Aktivitäten in der Region zu beseitigen, Betroffene zu entschädigen und Gerechtigkeit anzustreben.

Heute fordert insbesondere die pazifische Jugend eine entmilitarisierte Zukunft für die Region, deren Sicherheit nicht auf ausländischen Militärstützpunkten beruht, sondern auf einer starken und unabhängigen lokalen Wirtschaft, in deren Mittelpunkt traditionelle Kulturen und ökologische Nachhaltigkeit stehen.

Souveränität und politische Selbstbestimmung jetzt!

Wir unterstützen die Forderung pazifischer Nichtregierungsorganisationen und Kirchen nach juristischer Aufarbeitung der internationalen Atomtests im Südpazifik sowie nach politischer und ökonomischer Selbstbestimmung aller pazifischer Inselstaaten und Territorien.

Nach der Ratifizierung in mittlerweile 50 Staaten, darunter zehn in Ozeanien, tritt der UN-Atomwaffenverbotsvertrag 2021 in Kraft. Für ein umfassendes Verbot von Atomwaffen, der Unterstützung aller Opfer eines Einsatzes von Atomwaffen(tests) sowie der Umweltsanierung kontaminierter Gebiete sind Deutschland und weitere europäische Staaten aufgefordert, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu ratifizieren und zu unterstützen.





“ Tiefseebergbau zerstört unser marines Ökosystem und bedroht unser Überleben. Unterstützt uns dabei, unsere Lebensweise, unsere Ressourcen und das Leben künftiger Generationen zu schützen. Nein zu Tiefseebergbau in Papua-Neuguinea und im gesamten Pazifik! ”

PASTOR KINIM SILOI
EVANGELISCH-LUTHERISCHE KIRCHE
VON PAPUA-NEUGUINEA

Pazifische Kräfte der Veränderung Lokaler Protest – globale Dimension

Pazifische Initiativen, Kirchen, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sagen deutlich, dass unmittelbare Gefahren für Ernährungssicherheit, lokale Entwicklung und letztlich das Überleben in der Region die Rückseite eines nach wie vor kaum gebremsten (fossilen) Wirtschaftswachstums und Ressourcenverbrauchs in den Industriestaaten wie Deutschland ist. Mit den dargestellten politischen, sozialen und ökologischen Ungerechtigkeiten findet man sich in Ozeanien aber nicht ab, sondern organisiert und vernetzt sich, demonstriert und fordert lautstark Gerechtigkeit ein. Lokaler Widerstand und kreative Kampagnen von Initiativen wie der Alliance of Solwara Warriors und den Pacific Climate Warriors sind ein entscheidender Schlüssel dafür, dass die globale Klimakrise sowie extractive Projekte wie Solwara 1 in Papua-Neuguinea und damit der Einstieg in den Meeresbodenbergbau gestoppt werden können. Hierfür brauchen diese Initiativen starke internationale Unterstützung vor allem aus den Ländern, aus denen zu hohe Treibhausgasemissionen und überhöhter Ressourcenverbrauch kommen und die Verantwortung dafür mittragen, dass Klimakrise, Raubbau an der Natur und Menschenrechtsverletzung eine pazifische Realität sind.

Alliance of Solwara Warriors

Die Entscheidung in Papua-Neuguinea, einem aus ökologischer und sozialer Perspektive völlig ungeeignetem Ort, das weltweit erste kommerzielle Tiefseebergbau-Vorhaben durchzuführen, sorgt seit Jahren für massiven Protest. Der lokale Widerstand gegen das Großprojekt ist längst Symbol für die Bedeutung und den Einfluss von lokalen Initiativen, indigenen Dorfgemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen und Kirchen im Widerstand gegen Umweltzerstörung und fremdbestimmte Entwicklung in Ozeanien.

Nun ist die weltweit erste kommerzielle Mine am Meeresboden – genannt Solwara 1 – bis auf weiteres gescheitert. Langjährige Proteste in Form von Demonstrationen, gerichtlichen Klagen, Unterschriftenaktionen und politischer Lobbyarbeit führte dazu, dass das kanadische Unternehmen Nautilus Minerals den geplanten Abbau mehrfach verschieben musste und nun, zumindest in der Bismarcksee, vor dem Aus steht.

Ein Erfolg, den sich vor allem die Alliance of Solwara Warriors, ein Zusammenschluss von lokalen Küstengemeinschaften, Aktivist:innen, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen in Papua-Neuguinea mit dem Ziel, die für sie so



“ Deutschlands Kohleabbau exportiert Zerstörung in den Pazifik und die Welt. Der Klimawandel stellt eine direkte Bedrohung für die Menschen und Inseln im Pazifik dar. Wir fordern, den Ausbau fossiler Energie jetzt zu stoppen. Wir müssen uns von Kohle, Öl und Gas lösen und auf erneuerbare Energien setzen, damit Pazifikinseln eine faire Chance haben zu überleben. ”

GEORGE NACEWA
CLIMATE WARRIOR VON DEN
FIDSCHI-INSELN

wichtigen natürlichen Ressourcen zu schützen und Tiefseebergbau zu verhindern, auf die Fahnen schreiben können. Die Gruppe ist zu Recht stolz auf das Erreichte, stolz darauf, dass überwiegend dezentraler, grassroots – Protest mit kleinem Budget erreichen konnte, dass Meeresbodenbergbau als neue Industrie bereits vor dem Start als das was es ist – als bedrohliches Experiment – diskreditiert ist.

Das Beispiel aus Papua-Neuguinea macht deutlich, dass die vielfältigen und stetig wachsenden Proteste gegen Tiefseebergbau in der Pazifik-Region Wirkung zeigen. Staaten wie Fidschi, Vanuatu oder Papua-Neuguinea fordern offiziell ein zehnjähriges Tiefseebergbau-Moratorium, die dortige Zivilgesellschaft darüber hinaus ein vollständiges Verbot.

Pacific Climate Warriors

Die Pacific Climate Warriors sind ein aktivistisches Netzwerk mit dem Ansatz, junge Pazifikinsulaner:innen in die Lage zu versetzen, die Herausforderungen der Klimakrise für die Region zu verstehen und Maßnahmen zum Schutz der eigenen Lebensgrundlagen zu ergreifen. Die Graswurzelbewegung für Klimagerechtigkeit ist seit 2011 Teil der globalen Klimaschutzorganisation 350.org.

Mit bunten und lauten Protestaktionen, wie die Blockierung des weltweit größten Kohlehafens in Australien oder der Auftritt bei der UN-Klimakonferenz in Bonn, fordern die Aktivist:innen von den Industriestaaten wie Deutschland eine ambitioniertere Klimapolitik, die Abkehr von fossilen Energieträgern sowie politische und finanzielle Programme, durch die pazifische Inselstaaten und ihre Bewohner:innen spezifische Unterstützung für die Bewältigung der Klimakrise erhalten.

Im Mittelpunkt steht für die Pacific Climate Warriors bei all ihren Aktionen, die Widerstandsfähigkeit und Hoffnung der pazifischen Völker mit dem Motto „We are not drowning, we are fighting!“ zu demonstrieren.



Der Ozeanien-Dialog ist gemeinsam mit pazifischen Kräften der Veränderung aktiv für



Die Inselwelt Ozeaniens bildet globale Herausforderungen wie unter einem Brennglas ab. Menschen und Natur des „blauen Kontinents“ erfahren die negativen Auswirkungen der Klimakrise und der rücksichtslosen Ressourcenausbeutung an Land und im Meer.

Ozeanien-Dialog c/o Evangelisches Missionswerk in Deutschland e.V. (EMW)
Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg, www.ozeanien-dialog.de

Copyright: Ozeanien-Dialog, Hamburg 2021, Redaktion: Jan Pingel,
Titelbild: © Aleksey – stock.adobe.com, Foto S 9: Jan Pingel, Foto S 10: 350.org Pacific,
Satz und Gestaltung: Tilla Balzer | buk.design

Die Projektstelle Ozeanien-Dialog wird getragen von

